



Beschluss

Az. BK6-19-188

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung von gemeinsamen Abrechnungsbestimmungen für den ungewollten Energieaustausch zwischen Synchronegebieten gemäß Art. 51 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Andreas Fixel
und ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt

am 08.01.2020 beschlossen:

1. Die von der Antragstellerin zu 1 beantragten, in dem als Anlage A beigefügten Antragsdokument vom 10.07.2019 (Eingang bei der Bundesnetzagentur), S. 6 bis 11, verfassten Regelungen zu den Abrechnungsbedingungen für den ungewollten Energieaustausch zwischen zwei Synchrongebieten werden genehmigt.
2. Der Antrag der Antragstellerin zu 2 wird abgelehnt.
3. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
4. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

1. Verfahrensgestand und Verfahrensablauf

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung von Abrechnungsbedingungen für den ungewollten Energieaustausch zwischen asynchron miteinander verbundenen Übertragungsnetzen gemäß Art. 51 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem.

Von asynchronen Netzen spricht man, wenn die Netze entweder mit unterschiedlichen Frequenzen geführt werden oder die Phasen der Netze gegeneinander verschoben sind. Vor diesem Hintergrund sind asynchrone Netze lediglich mittels Gleichstrominterkonnektoren miteinander verbunden. Da sich der Stromfluss bei Gleichstrom- bzw. HGÜ-Leitungen anders als bei Wechselstromverbindungen nicht nach den Kirchhoffschen Gesetzen ergibt, sondern vielmehr „händisch“ eingestellt wird, ist ein ungewollter Austausch über HGÜ-Interkonnektoren lediglich im Falle eines kurzfristig auftretenden Schadens denkbar. Da die hierdurch auftretenden Überschussmengen im Exportnetz und die Fehlmengen im Importnetz durch gewollte Handelsgeschäfte des Engpassbewirtschafters oder durch Ausgleichsenergie ausgeglichen werden, betreffen die vorliegenden Abrechnungsbedingungen für ungewollten Energieaustausch zwischen Synchronegebieten nach den der Beschlusskammer derzeit vorliegenden Erkenntnissen einen theoretischen Fall, für den es aktuell keinen Anwendungsbereich gibt.

Das Ziel der EB-VO besteht u.a. in der Harmonisierung der Märkte für Regelreserve. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht die EB-VO in Art. 52 Abs. 1 vor, dass die asynchron miteinander verbundenen ÜNB, die ungewollt Energie austauschen, einen Vorschlag für gemeinsame Abrechnungsbestimmungen für eben diesen Austausch entwickeln. Dieser Vorschlag ist den betreffenden Regulierungsbehörden zur Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. m EB-VO zu übermitteln.

Mit Schreiben vom 18.06.2019¹ haben die Antragstellerinnen den Vorschlag gemäß Art. 52 Abs.

¹ Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von sechs Monaten ist der Zeitpunkt des Einganges bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat (vgl. Art. 5 Abs. 6 S. 3 EB-VO).

1 EB-VO zunächst in englischer Sprache der Bundesnetzagentur vorgelegt. Die deutsche Übersetzung des Vorschlags ging am 10.07.2019 bei der Bundesnetzagentur ein.

Der Vorschlag wurde am 24.07.2019 im Amtsblatt Nr. 14 (Vfg-Nr. 89/2019) der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und zusammen mit dem Antragsdokument am 11.07.2019 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist bis zum 31.07.2019 eingeräumt. Der Bundesnetzagentur sind keine Stellungnahmen zugegangen.

2. Inhalte des Antrags zur gemeinsamen Abrechnung des ungewollten Energieaustausches

Das von den Antragstellerinnen eingereichte Antragsdokument umfasst auf den S. 6 bis 11 folgende Regelungen zu:

- Gegenstand und Anwendungsbereich (vgl. Art. 1),
- Begriffsbestimmung und Auslegung (vgl. Art. 2),
- Grobstruktur der gemeinsamen Abrechnung (vgl. Art. 3),
- dem Abrechnungszeitintervall (vgl. Art. 4),
- der Volumenberechnung pro Abrechnungszeitintervall (vgl. Art. 5),
- der Preisbildung für den ungewollten Austausch (vgl. Art. 6) und
- dem Implementierungsfahrplan (vgl. Art. 7).

Nach Art. 2 des Antragsdokuments vom 10.07.2019 erfolgt die Abrechnung der Vorzeichenkonvention nachstehender Tabelle folgend:

	ÜNB-ÜNB-Abrechnungspreis: positiv	ÜNB-ÜNB-Abrechnungspreis: negativ
ÜNB-Abrechnungsvolumen: positiv (ÜNB exportiert)	Zahlung an ÜNB	Zahlung von ÜNB
ÜNB-Abrechnungsvolumen: negativ (ÜNB importiert)	Zahlung von ÜNB	Zahlung an ÜNB

Die Preise für die Abrechnung der ungewollten Energieaustausche werden in EUR/MWh angegeben.

Gemäß Art. 3 des Antragsdokuments wird nach der Implementierung der Abrechnungsbestimmungen ein Mechanismus starten, der eine Überprüfung der Abrechnungsmechanismen durch alle asynchron miteinander verbundenen ÜNB vorsieht. Dies ist für Ende des Jahres 2022 geplant. Sollten die ÜNB dabei Abänderungen am Abrechnungsmechanismus beschließen, so sind diese den zuständigen Regulierungsbehörden zur Genehmigung vorzulegen.

Das Abrechnungszeitintervall (vgl. Art 4) soll 15 Minuten betragen. Die maßgeblichen asynchron miteinander verbundenen ÜNB können allerdings gemeinsam etwas anderes beschließen. Ziel ist aber eine Harmonisierung die mit der Überprüfung im Jahr 2022 erfolgen soll.

Die in Art. 5 beschriebene Volumenermittlung ist abhängig von der Berechnung des gewollten Energieaustausches gemäß Art. 50 (1) EB-VO. Dieses Verfahren wurde bei der Bundesnetzagentur unter dem Aktenzeichen BK6-18-276 geführt und liegt derzeit der europäischen Regulierungsbehörde ACER zur Entscheidung vor.

Die Preisbildung (Art. 6) für den ungewollten Austausch unterscheidet sich für die einzelnen asynchron miteinander verbundenen ÜNB und wird in den Anhängen des Antragsdokuments ab S. 10 für die jeweiligen ÜNB aufgeführt. Für die Verbindung der Antragstellerin zu 1 mit dem dänischen ÜNB Energinet berechnet sich der Preis gemäß Anhang 5 anhand des Durchschnitts des Day-Ahead-Preises der Gebotszonen DK1 und Deutschland. Eine entsprechende Regelung für die Antragstellerin zu 2 findet sich in den Anhängen des Antragsdokuments nicht.

Art. 7 regelt die Veröffentlichung und Implementierung der Abrechnungsbestimmungen. Demnach sind diese unverzüglich nach Genehmigung durch alle zuständigen Regulierungsbehörden oder

durch ACER von den asynchron miteinander verbundenen ÜNB zu veröffentlichen und somit dem Markt bekannt zu machen. 12 Monate nach der Genehmigung haben die ÜNB die Abrechnungsbestimmungen zu implementieren.

II.

Der Antrag gemäß Art. 51 Abs. 2 EB-VO ist genehmigungsfähig. Der Antrag ist zulässig und begründet. Die Anforderungen an den Antrag sind nach Art. 52 (1) i. V. m. Art. 50 (1) sowie den Artikeln 1-6 und 10 EB-VO unter Wahrung der allgemeinen Ziele und Prinzipien der EB-VO erfüllt.

1. Zulässigkeit des Antrags

1.1 Der Antrag der Antragstellerin zu 2 ist unzulässig.

Die Antragstellerin zu 2 ist mittelbar über den Interkonnektor Baltic Cable, eine HGÜ-Verbindungsleitung, asynchron mit einem anderen ÜNB verbunden. Sie verfügt aber nicht selbst über diese Leitung, da es sich bei Baltic Cable um einen eigenständigen ÜNB handelt. Diese Verbindungsleitung zum schwedischen ÜNB Svenska Kraftnät ist nicht im Antrag aufgeführt. Generell findet sich im Anhang des Antrags, der die einzelnen Abrechnungsbestimmungen für die asynchronen Verbindungsleitungen regelt, keine Regelung für die Antragstellerin zu 2. Eine Betroffenheit der Antragstellerin zu 2 ist daher nicht erkennbar. Somit sieht die Beschlusskammer nach aktuellem Stand keinen Anwendungsbereich der Regelungen des Antrags für die Antragstellerin zu 2. Der Antrag der Antragstellerin zu 2 ist daher nicht genehmigungsfähig. Bei einer Änderung der derzeitigen Situation kann sie diesen Antrag erneut stellen bzw. eine Änderung des Anhangs dieses Antrags beantragen.

1.2 Der Antrag der Antragstellerin zu 1 ist zulässig.

Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der EB-VO, sind gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 52 Abs. 1 EB-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG i. V. m. Art. 18 Abs. 3 lit. d und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009 vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (Stromhandels-VO), die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG i. V. m. § 56 Abs. 1 S. 2, 3 EnWG.

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten Antrag für die Abrechnungsbestimmungen für ungewollten Energieaustausch mit Eingang am 10.07.2019 fristgerecht bei der Beschlusskammer eingereicht. Auf eine öffentliche Konsultation des Vorschlags seitens der ÜNB wurde gem. Art 10 (4) EB-VO verzichtet.

Da die Anwendungsfälle der beantragten Abrechnungsregeln theoretischer Natur sind und es grundsätzlich nicht Aufgabe der Beschlusskammer ist, abstrakt-theoretische Sachverhalte einer Lösung zuzuführen, bestehen Zweifel hinsichtlich des Bescheidungsinteresses. Die Beschlusskammer verkennt aber nicht, dass die Antragstellung von der EB-VO vorgegeben ist, so dass das Bescheidungsinteresse letztlich nicht verneint werden kann.

2. Begründetheit des Antrages

Der Antrag ist auch begründet. Der Vorschlag der Antragstellerinnen erfüllt die Vorgaben der Regelungen des Art. 52 EB-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der EB-VO.

Die Beschlusskammer hat keine Stellungnahmen zum Vorschlag für die Abrechnungsbestimmungen erhalten. Bedenken oder Argumente, die einer Genehmigung des Vorschlages entgegenstehen könnten, sind der Beschlusskammer nicht vorgetragen worden. Die Beschlusskammer hat auch keine eigenen Anhaltspunkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung des Vorschlages für die Antragstellerin zu 1 sprechen.

3. Widerrufsvorbehalt

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Da die EB-VO jedoch weitere Genehmigungen vorsieht, die auch den hier zu genehmigenden Vorschlag betreffen können, können Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden. Insbesondere wäre hier denkbar, dass die europäische Regulierungsbehörde ACER den Vorschlag der ÜNB gemäß Art. 50 (1) EB-VO ablehnt, oder aber dahingehend abändert, dass eine Anpassung dieser Genehmigung notwendig wird.

4. Kosten

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Andreas Fixel
Beisitzer

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Beglaubigt

Habor
Regierungssekretärin